Antrag 2025/I/Innen/1

Kreis Eimsbüttel

Gleichberechtigung auf allen Ebenen: Wehrpflicht auch für Frauen

1 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag beschließen: Die SPD
2 Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für eine Grundgesetzänderung einzusetzen: Grund-
3 gesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 12a Alle Deutschen können vom vollendeten
4 achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in ei-
5 nem Zivilschutzverband verpflichtet werden.

6 Begründung

7 Die SPD setzt sich seit je her für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ein. Artikel 12a
8 Absatz 1 kommt aus einer anderen Zeit – dem letzten Jahrhundert – und entspricht nicht mehr
9 unserer Vorstellung von unserer Gesellschaft und widerspricht zudem Artikel 3 des Grundge-
10 setzes. Nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine hat sich
11 unsere Welt – hat sich Europa verändert. Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutsch-
12 land muss seiner Verantwortung für die Sicherheit der Bürger*innen und der Nato-Mitglieder
13 gerecht werden. Auch wenn es uns als Sozialdemokratische Partei – eine Partei, die sich stets
14 für den Frieden stark macht – nicht leicht fällt die Wehrpflicht wieder einzusetzen, hat Bundes-
15 kanzler Olaf Scholz mit dem Ausruf der Zeitenwende das richtige Zeichen gesetzt. Die Neuaus-
16 gestaltung der Wehrpflicht durch Bundesverteidigungsminister Pistorius war daher ein nach-
17 vollziehbarer und notwendiger Schritt. Dass dabei das Nato-Partnerland Schweden als Vorbild
18 diente, wäre durchaus der richtige Ansatz. Leider wurde er nicht in voller Konsequenz durchge-
19 setzt. Länder wie Schweden, Norwegen und Israel zeigen wie Wehrpflicht im 21. Jahrhundert
20 aussehen sollte: Es sollten keine Geschlechter ausgeschlossen werden!